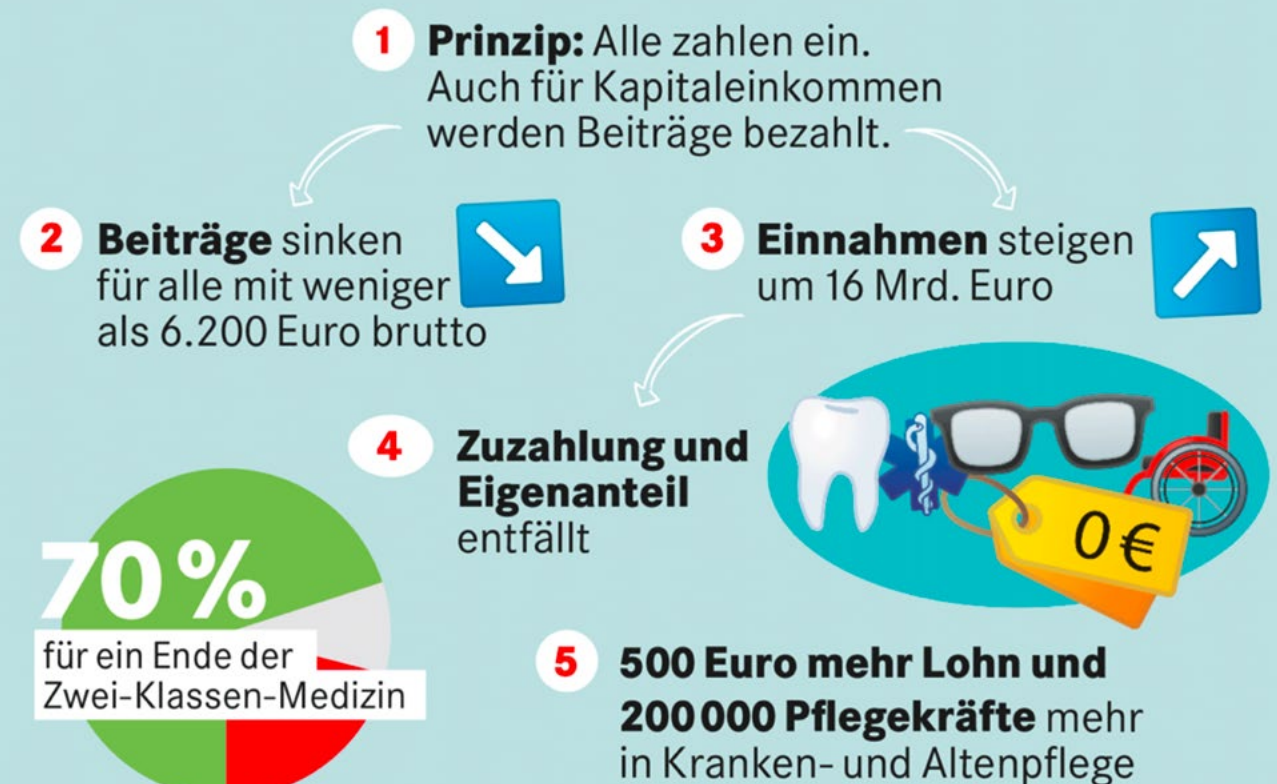


## Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung



**DIE LINKE.**

## Fachkräftemangel in der Pflege verschärft sich dramatisch

NDR

Niedersachsen: Krankenhausgesetz soll Schließungen ermöglichen

aerzteblatt.de

Strukturreform

40 Kliniken in Niedersachsen vor dem Aus?

kma Klinik Management aktuell

Geburtskliniken in Niedersachsen kämpfen gegen Hebammenmangel

aerzteblatt.de

**DIE LINKE Oldenburg-Land**  
c/o Hilke Hochheiden  
Klosterweg 38a, 27798 Hude  
Tel.: 0170 367 14 58

www.dielinke-oldenburg-land.de

f / DieLinkeKreisverbandOldenburgLand

**12. Mai**  
**Internationaler**  
**Tag der Pflege**

**DIE LINKE.**



*Man kann in diesem Land mit Pflege richtig viel Geld verdienen, vorausgesetzt man ist keine Pflegekraft, sondern ein privater Pflegekonzern oder Krankenhauskonzern.*

*Janine Wissler,  
Parteivorsitzende DIE LINKE*

## Pflege braucht Personal braucht Entlastung

Der Internationale Tag der Pflege am 12. Mai ist den rund 28 Millionen Menschen gewidmet, die derzeit weltweit in Pflegeberufen arbeiten. Das Datum des Tags der Pflege geht auf den Geburtstag der britischen Krankenschwester Florence Nightingale zurück, die als Pionierin der modernen Krankenpflege gilt.

In Deutschland sind in der Alten- und Krankenpflege etwa 1,7 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Kliniken, Heime und ambulante Pflegedienste in Deutschland klagen seit Jahren über einen massiven Fachkräftemangel. Sie werben darum gezielt Personal aus dem Ausland an, das eigentlich dort ebenso gebraucht wird.

Während es schon jetzt an Fachkräften mangelt, sagt das deutsche Krankenhausinstitut voraus, dass der Personalbedarf bis 2030 um ein Viertel anwachsen wird. Das bedeutet einen Mehrbedarf von mehr als 130.000 Pflegekräften in den kommenden 8 Jahren.

Die Gründe für den Mangel sind vielfältig: Neben der demografischen Entwicklung trägt auch die hohe Belastung in Pflegeberufen (Arbeitsdichte, körperliche Belastung, Schichtarbeit) und der im Vergleich geringe Verdienst bei.

## Wir fordern deshalb schon lange das Offensichtliche:

**Einen gesetzlichen Personalschlüssel,  
der sich am tatsächlichen Bedarf  
orientiert!**

Wo es schon Vorgaben für Personalschlüssel gibt, sind diese oft viel zu niedrig, andernorts fehlen solche Vorgaben sogar. Die geltenden Personaluntergrenzen, die eine Minimalbesetzung definieren, reichen bei weitem nicht aus und werden in der Praxis dennoch immer wieder unterschritten, zulasten der Pflegenden und der Gepflegten.

Wer einen Pflegeberuf wählt, will für Menschen da sein und will sie menschlich behandeln, will sich ihnen zuwenden. Tatsächlich sieht der Beruf aber oft so aus, dass wie am Fließband unter hohem Zeitdruck „abgefertigt“ werden muss. Daher verlassen viele nach wenigen Jahren den Beruf, den sie eigentlich gern ausüben möchten. Kaum jemand arbeitet bis zur Rente in der Pflege.

**Mehr Gehalt für Pflegekräfte,  
Ausbildungsvergütung statt  
Schulgebühren in allen Pflegeberufen!**

Pflegekräfte leisten anspruchsvolle und qualifizierte Arbeit. Wenn man Ausbildungs- und Arbeitsanforderungen anschaut, müssten die Gehälter von Pflegekräften ungefähr denen von Ingenieur\*innen entsprechen.

Die Linke fordert darum: 500€ mehr Grundgehalt pro Monat in der Pflege. Die Gehälter sollen in einem allgemeinverbindlichen Flächentarifvertrag geregelt werden, um Schlupflöcher zu schließen und Tariffucht zu unterbinden.

Immer noch gibt es Pflegeberufe, in denen Auszubildende Schulgebühren zahlen müssen statt eine angemessene Ausbildungsvergütung zu erhalten (Beispiel: Heilerziehungspfleger\*in). In allen Pflegeberufen muss gelten: Keine Schulgebühren, angemessene Ausbildungsvergütung!

**Keine Profite mit der Pflege!  
Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen  
in öffentliche Hand!**

Wenn Krankenhäuser und Pflegeheime Profite und Dividenden für Aktionäre abwerfen und nach dem Fallpauschalen-System arbeiten müssen, besteht die Gefahr, dass Diagnosen, die dem Krankenhaus viel Geld einbringen, öfters gestellt werden als sie eigentlich müssten und „teure“ Stationen wie Geburtsstationen geschlossen werden. Krankenhäuser müssen nach dem Bedarf finanziert werden, denn:

Krankenhäuser sollen Menschen gesund machen, nicht Krankenhauskonzerne reich.

Es muss nach Gemeinwohl, nicht nach Profit gewirtschaftet werden. Deshalb gehören Krankenhäuser in öffentliche und gemeinnützige Hände.

**Pflege- und Gesundheitsversicherung  
gerecht gestalten!**

Wir brauchen eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihrem Einkommen – egal welcher Art – einzahlen. Dann würden die Einnahmen um 16 Milliarden Euro steigen und die Beiträge sinken für alle, die weniger als 6.200 Euro Bruttoeinkommen haben.

Die Pflegeversicherung muss eine Vollversicherung werden, die alle Kosten übernimmt.

Wir wollen gute Pflege für alle, nicht nur für die, die dafür privat zuzahlen können! Wenn alle entsprechend ihrem Einkommen einzahlen und auch zum Beispiel Mieteinnahmen, Kapitalerträge und Politiker\*innendiäten einbezogen werden, kann das gewährleistet werden.